

Von Nord bis Süd

Warnstreiks und Demonstrationen ausgeweitet



Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik, am 22. März 2018 in Freiburg

Die zweite Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde mit Bund und Kommunen ist ohne Fortschritte am 13. März 2018 beendet worden. Die Arbeitgeber blockieren weiter. Fortschritte sind nicht erkennbar. Das lassen sich die Beschäftigten nicht bieten und treten von Nord bis Süd in Warnstreiks. Mit Demonstrationen erhöhen sie den Druck bis zur nächsten Runde am 15. und 16. April 2018.



dbb.de

Rostock

Zahlreiche Beschäftigte traten am 14. März 2018 in Mecklenburg-Vorpommern in den Warnstreik und sind zu einer Kundgebung in Rostock zusammengekommen. „Kaum Perspektiven und jede Menge Ausreden“, fasste dbb Tarifchef Volker Geyer den Verlauf der zweiten Verhandlungsrunde zusammen. „Wir lassen uns in Zeiten sprudelnder Steuerquellen nicht in eine Rezession reden. Wenn so die Wertschätzung der Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten aussieht, dann stehen wir heute zu Recht hier!“

Der dbb Landeschef Dietmar Knecht kritisierte, dass es auch im 30. Jahr der Wiedervereinigung noch Nachteile für Beschäftigte der neuen Bundesländer gebe: „Die Angleichung der



14. März 2018, Rostock

Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA ist eine unserer Forderungen, die umgesetzt werden muss“, so Knecht. „Schließlich leisten die Beschäftigten in den neuen Bundesländern ihren Dienst genauso produktiv, effektiv, rechtssicher und verantwortungsbewusst wie ihre Kollegen in den alten Bundesländern.“

Salzgitter

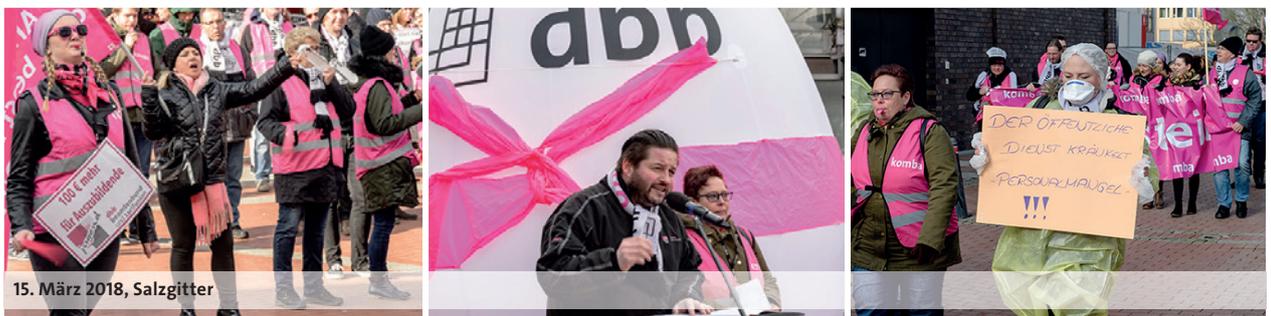
Im niedersächsischen Salzgitter sind am 15. März 2018 erneut Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen für bessere Einkommen auf die Straße gegangen. Die überwiegend jungen Beschäftigten und Auszubildenden brachten ihre Sorge um die Zukunftsfähigkeit der Daseinsfürsorge zum Ausdruck. Nur, wenn die Arbeitgeber den Nachwuchs- und Fachkräftemangel endlich in den Griff bekämen, könnten sich die Bürger weiterhin auf einen flächendeckend funktionsfähigen öffentlichen Dienst verlassen, hieß es von den Demonstranten.

Kiel



Andreas Hemsing, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, am 20. März 2018 in Kiel

In Kiel demonstrierten am 20. März 2018 knapp 2.000 Menschen vor dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Schleswig-Holstein. Aus Frust über die schleppenden Tarifverhandlungen überreichten die Beschäftigten dem KAV eine symbolische Abmahnung. „Gute Arbeitsbedingungen sind unerlässlich für die Nachwuchsgewinnung“, machte die Vorsit-



15. März 2018, Salzgitter



20. März 2018, Kiel



zende der dbb jugend, Karoline Herrmann, deutlich. „Der Arbeitsmarkt ist leergefegt und gute Leute zu bekommen, wird immer schwieriger. 100 Euro mehr für die Auszubildenden und ein zusätzlicher Urlaubstag wären da ein guter Anfang. Ansonsten sehe ich für den öffentlichen Dienst schwarz!“

„Zwei von drei Runden sind vorbei, und es liegt kein konkretes Angebot der Arbeitgeber auf dem Tisch“, rief Andreas Hemsing, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, den Demonstranten zu. „Sechs Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro. Das ist angesichts der starken wirtschaftlichen Entwicklung und immer neuen Rekorden bei den Steuereinnahmen absolut angemessen.“

Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb Schleswig-Holstein, betonte: „Gerade vor Ort in den Kommunen geben unsere Kollegen diesem Staat ein Gesicht: Sie pflegen, erziehen, retten, schützen und ordnen. Dafür haben sie Wertschätzung verdient – und zwar nicht nur in Form von warmen Worten, sondern auch in barer Münze.“ Gerade die soziale Komponente der Forderung (Einkommenserhöhung um mindestens 200 Euro) sei auch ein wichtiger Impuls für den Binnenkonsum.

Freiburg

In Freiburg versammelten sich am 22. März 2018 rund 500 Beschäftigte zu einer zentralen Kundgebung. „Es wäre so einfach, wenn die Arbeitgeber bei den Verhandlungen in Potsdam nicht aus allem und jedem ein Problem machten, sondern einen Abschluss anstrebten, den sich die Beschäftigten mit ihrem täglichen Einsatz für das Gemeinwesen ehrlich verdient haben“, erklärte Volker Geyer unter dem Applaus der Demonstranten. „Ihr sorgt rund um die Uhr dafür, dass Deutschland funktioniert. Dafür steht Euch eine Teilhabe am Wirtschaftswachstum zu“, so Geyer weiter. „Niemand kann leugnen, dass die Steuereinnahmen derzeit ungeahnte Höhen erreichen: Deshalb ist es keine Anmaßung, 6 Prozent mehr Entgelt zu fordern. Der öffentliche Dienst, wie ihn die Bürger schätzen, und wie ihn ein starker Wirtschaftsstandort Deutschland braucht, ist keine Selbstverständlichkeit. Wer ihn nicht pflegt, trägt die Verantwortung für seinen Verfall: Einen erstklassigen öffentlichen Dienst bekommt man eben nicht mit zweitklassigen Gehältern.“

Fulda

In Fulda haben am 28. März 2018 mehrere hundert Beschäftigte ihren Unmut über die starre Haltung der Arbeitgeber geäußert. „Voller Einsatz, auch bei Wind und Wetter – das zeichnet den öffentlichen Dienst aus“, betonte Volker Geyer auf der zentralen Kundgebung und machte deutlich: „Wenn die Arbeitgeber eine ähnliche Arbeitsmoral an den Tag legten,



22. März 2018, Freiburg





28. März 2018, Fulda



hätten wir längst ein Ergebnis erzielt. Aber das Innenministerium und der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) legen uns noch nicht einmal ihr Angebot auf den Tisch!“ Daher sei es nun an den Beschäftigten, die Arbeitgeber zum Handeln zu bewegen.

Gravierend nannte Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, den Personalmangel im öffentlichen Dienst. „Wenn in fünf bis zehn Jahren die Babyboomer in den Ruhestand gehen, bekommen wir massive Probleme.“

Eine weitere Kernforderung bei den Tarifverhandlungen stellte Julika Lückel in den Vordergrund: „Wer die Fachkräfte von morgen möchte“, so die Vorsitzende der dbb Jugend in Hessen „der muss den Azubis heute Perspektiven bieten können.“ Eine verbindliche Übernahme sei daher zwingend notwendig.

Wir informieren wie immer aktuell auf www.dbb.de/einkommensrunde.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

- Tarifbeschäftigte/r
- Azubi, Schüler/in
- Beamter/Beamtin
- Anwärter/in
- Rentner/in
- Versorgungsempfänger/in
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.

dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de